

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Februar 1919

Einzelgenusspreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Tobesanzeigen 20 Pf., die häufigste Zahl; Annoncen- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 14

Gewerkschaftsrevue

Der Jahresrückblick des „Korrespondenzblattes“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat vom Arbeiterstandpunkt aus eine gute Orientierung über die Geschehnisse des Jahres 1918, das für das deutsche Volk nicht nur eine Krieges-, sondern auch eine Weltwende bezeichnet. Die knappen Darlegungen des Rückblicks über den Entwicklungsverlauf des Waffenstillstandes, die Demokratisierung des Verfassungswesens im Sinne der Parlamentsherrlichkeit und das Werden der Republik sind ebenso interessant wie das, was über die politischen Separationstendenzen und den Putschismus der Spartakisten gesagt wird. Unern zurückgekehrten selbständigen Kollegen, die den sich überwälzenden Ereignissen in Deutschland zeitlich und räumlich fernstanden und sich erst nachträglich hineinlesen mußten in all die Vorgänge, die jetzt hinter uns liegen, kann man ein Studium des Jahresrückblicks des Organs der Generalkommission nur angelegentlich empfehlen. In jedem Ortsvereine muß es vorhanden sein.

Wir können hier nur kurz auf das eingehen, was in dem Artikel gesagt wird über die Rückwirkung der Revolution auf die deutschen Gewerkschaften. Sie sind durch den Verlauf der Revolution etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Das mag für die Revolution zwar im höchsten Grade nachteilig gewesen sein, insofern diese der organisatorisch gesicherten Kräfte beraubt wurde. Für die Gewerkschaften selbst war es kein Nachteil, denn sie blieben dadurch von dem leidenschaftlichen Zerstückelungsstreife verschont, der in allen politischen Lagern entbrannt ist, und konnten sich um so mehr ihren wirtschaftlichen Aufgaben widmen, die allerdings durch eine unverantwortliche Streikwut sehr erschwert wurde. In einer Zeit, wo durch geordnetes Vorgehen alles zu erreichen war, wurden Streiks inszeniert mit Forderungen, die die Weiterführung der Betriebe geradezu in Frage stellen mußten, und ihre Durchführung hat das Wirtschaftsleben enorm geschädigt, in einer Situation, wo alles auf die geregelte Wirtschafserhaltung des Wirtschaftslebens ankam. Die Gewerkschaften würden ein solches Mißtrauensvotum, wie es das selbständige Vorgehen der Betriebsbelegschaften darstellt, verdienen, wenn sie ihre Zeit nicht begriffen, sondern der großen Umgestaltung gegenüber untätig zusehen läßen. Wie wenig sie dieser Vorwurf treffen kann, beweist der große Zentralvertrag, den die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberverbänden abgeschlossen haben. Dieser Vertrag sichert die Durchführung der Übergangswirtschaft, die eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk ist, durch eine Zentralarbeitsgemeinschaft aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auf völlig paritätischer Grundlage, mit Arbeitsgemeinschaften in den einzelnen Industrien, Branchen und Bezirken. Und er beruht auf einer Ordnung der Arbeitsverhältnisse, die die kühnsten Erwartungen der organisierten Arbeiterschaft erfüllt. Anerkennung des Koalitionsrechts und der Gewerkschaften, Beteiligung der gelben Organisationen, Einführung von Tarifverträgen in allen Berufen, Einbeziehung von Arbeiterausschüssen und Schlichtungsinstanzen, paritätische Regelung des Arbeitsnachweises, Einführung des Achtstundentags, Anerkennung des Rechtes auf Arbeit für alle Kriegsteilnehmer — alles Forderungen, für die seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten gekämpft wurde — sind schon vor der Revolution auf der ganzen Linie durchgeführt und vertragsmäßig festgelegt worden. Unzählige Reibungen und Widerstände, die nach dem Siege befürchtet werden mußten, sind durch dieses Abkommen glatt hinweggeräumt und der Arbeiterklasse ist eine Periode ruhiger Erholung nach den erschöpfenden Kriegsjahren gesichert. Und wenn auch die revolutionäre Gesetzgebung manches von diesen Vereinbarungen durch Defekt ergänzt hat, so darf doch die wirtschaftliche Durchführung solcher Gesetze durch die Gewerkschaften nicht unterbrochen werden. Die Gewerkschaften haben der Revolution wacker vorgearbeitet, und sie haben deren wirtschaftliche Errungenschaften sichergestellt, ohne das gesamte Wirtschaftsleben zu gefährden.

Diese Tatsachen verdienen festgehalten und immer wieder betont zu werden, gegenüber einer geringfügigen Beurteilung der Gewerkschaftsarbeit, der man in gewissen Kreisen leider noch zu oft begegnet. Es darf niemals vergessen werden, daß durch die staatliche Umwälzung und die damit herbeigeführte größere politische Freiheit sich nicht ohne weiteres, auch die wirtschaftliche Lage des

arbeitenden Volkes zu einer besseren gestaltet. Diese muß vielmehr erst erkämpft werden mit Hilfe der Gewerkschaften. Es ist eben ein Ding der Unmöglichkeit, die Befreiung der Arbeiterklasse nur auf politischem Wege herbeizuführen zu wollen. „Wir springen nicht mit einem Satz in den Sozialismus hinein“, hat Wilhelm Liebknecht einmal gesagt. „Der Übergang vollzieht sich allmählich, und für uns handelt es sich nicht um den Entwurf eines Zukunftsgemädes, sondern um die Aufstellung eines praktischen Programms für die Übergangszeit, um die Formulierung und Begründung von Maßregeln, welche unmittelbar durchführbar sind und der sozialistischen Welt gewisse Lehren als Geburtshelfer dienen.“ Der Staat kann auf dem Wege der Gesetzgebung nur das Fundament legen für die neue Gesellschaftsordnung, deren zweckentsprechender Aufbau und Ausbau aber ist Sache der Arbeiterschaft selbst. Erst die Gewerkschaften verheßen den geschickten Verfügungen zur praktischen Durchführung und vollen Wirksamkeit im Interesse der Gesamtheit der Lohnarbeiter. Was würde z. B. aus dem Achtstundentage werden, wenn nicht die Gewerkschaften seine Durchführung kontrollierten und sicherten, wenn sie nicht — namentlich in der Zeit geschäftlicher Hochkonjunktur — dem kranken Eigenneuge vieler Menschen energisch entgegengetreten würden?

Wenn sich die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Revolution mehr in passiver als in aktiver Weise äußerte, so lag das vor allem in der Wesensart der gewerkschaftlichen Organisationen begründet, die sie zwingt, politischen Vorgängen gegenüber eine gewisse Reserve zu beobachten. Desto kräftiger müssen die Gewerkschaftler in die Speichen greifen, wo es gilt, die nächstliegenden Aufgaben im Wirtschaftsleben unter Volksgemeinschaft zu erfüllen, die Beschaffung von Brot und Arbeit!

Die Wahlen zur Nationalversammlung liegen hinter uns. Mit einer von Kraft und Zuverlässigkeit getragenen Ruhe ist das deutsche Volk an die Wahlurne getreten und hat sich mit überwältigender Mehrheit für ein demokratisch-sozialistisches Staatswesen entschieden, für einen Volksstaat, der durch den Sozialismus seine Lebenskraft erhält. Damit hat unser Volk klar und deutlich ausgedrückt, daß es sich reif fühlt für höhere Formen des Wirtschaftslebens. Nur durch Ordnung und gesetzmäßige Entwicklung können wir zu diesem Ziele gelangen. Das Wertvollste jedoch, was aus dem Ergebnisse der Wahlen zur Nationalversammlung hervorleuchtet, ist die Tatsache, daß im neuen Deutschland ohne die Zustimmung der Arbeiterschaft oder gegen deren Willen auf politischem Gebiete nichts mehr unternommen werden kann! Darin liegt eine nicht zu unterschätzende Sicherung des bisher Erreichten, aber es wird zugleich auch den Führern der Arbeiterschaft eine weit höhere Verantwortung für die Gestaltung des politischen Lebens aufgebürdet, der sich diese weder entziehen können noch dürfen. Die Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen, sie ist auch Schicksal. Unter diesem Gesichtswinkel wird sich in Zukunft wohl oder übel die Beurteilung mancher Fragen wandeln müssen, an welche die Arbeiterschaft bis jetzt nur rein kritisch herantrat. Dabei wird es sich zeigen, daß es weit leichter und bequemer ist, der Masse politische und soziale Probleme mundgerecht zu servieren, als die ihrer praktischen Durchführung entgegenstehenden Schwierigkeiten zu durchdenken und entsprechend zu würgen.

Wir denken hier beispielsweise an die Sozialisierung, mit deren Hilfe sich die schönsten Hoffnungen der Arbeiter erst verwirklichen sollen. Gerade bei diesem Problem muß mit großer Sorgfalt und unter Beobachtung weiser Voraussetzungen zu Werke gegangen werden. Sozialismus heißt arbeiten, und die Sozialisierung geistlicher Betriebe ist an die Voraussetzung einer gesicherten und geregelten Produktionsfähigkeit und einer erhöhten Produktion gebunden. Wenn aber der Rückgang der Produktion aus Mangel an Rohstoffen und vor allem an Kohlen immer größer werden sollte, dann wird schließlich nichts mehr zur Vergesellschaftung vorhanden sein. Die Kohlennot droht infolge der immer von neuem ausflackernden wilden Bergarbeiterstreiks zu einer Katastrophe auszuwachen und in allerhöchster Zeit die gesamte Industrie Deutschlands zu erdroffen. Wenn es ernstlich darum zu tun ist, die sozialen Fortschritte der Revolution mit ausbauen zu helfen, der darf die heilige Hand nicht, ohne dazu gezwungen zu sein, ruhen lassen. Er darf nicht jede Woche den Produktionsprospekt lahmen durch die Beteiligung an sogenannten Sympathiestreiks oder recht überflüssigen Demonstrationsspielergängen, zu denen häufig unter Winken mit polterten Zaunpfählen aufgefordert wird von Leuten, die

keinerlei Verantwortlichkeitsgefühl bedrückt. Jede unnötige Arbeitsunterbrechung jedoch und gewaltsame Produktionsstörungen aus politischen Motiven gefährden die Lösung der vornehmsten Aufgaben der jungen Republik: den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sozialisierung des dazu reifen Privateigentums, und verkommen obendrein die traurige Ernährungslage unseres Volkes.

Schwarz in Schwarz zu malen entspricht keineswegs unserer Lebensanschauung, dennoch muß offen ausgesprochen werden, daß wir die schlimmsten Befürchtungen wegen für die Ernährungswirtschaft des deutschen Volkes. Gemiß werden wir Lebensmittel vom Ausland erhalten, aber unter welchen Bedingungen? Hundert Millionen Mark in Gold verlangt Amerika dafür als bare Anzahlung und den Rest in Devisen, d. h. in deutschen Arbeitsprodukten, Farben und Chemikalien, Drogen, Porzellan, Spezialmaschinen usw. Woher soll Deutschland all diese Dinge nehmen, wenn die Produktion stockt? Womit sollen die Millionen, die der Lebensmittelverbrauch der Bevölkerung tagtäglich erfordert, bezahlt werden, wenn die Erzeugung von exportfähigen Gegenwerten brach gelegt wird durch Revolutionsstreiks zur Durchhebung phantastischer Lohnforderungen? Das Papiergeld kann uns auf die Dauer nicht retten, selbst wenn wir's auf den größten Rotationsmaschinen druckten. Es hat nur Zählkraft, solange der angenommene Wert zum vorhandenen Goldvorrat des Staates in einem gewissen Verhältnis steht. Ist das nicht mehr der Fall, dann nähert sich der Wert des Papiergeldes seinem Urprodukt, es wird zu wertlosen Lumpen. Infolge des fortwährenden Rückgangs der Kaufkraft der Geldscheine steigen im Inlande die Preise für alle Lebensbedürfnisse fortgesetzt, und deutsche Währung und Kredit sinken im Ausland auf den Nullpunkt herab. Nur die Sicherung einer geregelten Produktionsfähigkeit und eine erhöhte Erzeugung von Arbeitsprodukten vermögen das deutsche Volk vor dem Abgrunde zu bewahren, der sich gähnd vor ihm aufgetan hat. Die Erfolge der wilden Revolutionsstreiks können den Nahrungsmittelspielraum nur sehr beschränkt erweitern. In Wirklichkeit schwillt dadurch die allgemeine Teuerungswelle immer stärker an. Mit dem selbstbewußten gewerkschaftlichen Kampf zur schriftweisen Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen haben Revolutionsstreiks nichts gemein. Diese Streiks sind vielmehr auf ungeschulte, ideologische Anschauungen zurückzuführen, unter deren Einwirkungen die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft des Volkes leicht überleben werden.

Von dem Ausfalle der Wahlen zur Nationalversammlung und von dem in gleicher Richtung liegenden Resultat der sogenannten Preußenwahlen darf vielleicht ein günstiger Einfluß auf die Einigung der feindlichen Brüder in der politischen Arbeiterbewegung erwartet werden. Davon würde auch die Gewerkschaftsbewegung indirekt Nutzen haben, weil ja die Wellen des Parteistreiks je länger desto härter auch ihr Wirkungsgebiet berühren. Nachdem die bei den Wahlen zum Durchbruche gekommene wahre Volksmeinung so deutlich hat erkennen lassen, welcher Weg eingeschlagen werden soll, um die Entwicklung immer bewußter im Strome des Sozialismus ausmünden zu lassen, darf die Gelegenheit zur Einleitung von Einigungsverhandlungen nicht verpaßt werden, soll nicht die gesamte Arbeiterbewegung fernerhin noch mehr Schaden erleiden aus Mangel an innerer Geschlossenheit.

„Los von Potsdam, hin zu Goethe!“, diese Parole kommt in der Wahl des Tagungsortes der Nationalversammlung vernehmlich zum Ausdruck. Im Hildebrandt Weimar tritt sie am 6. Februar zusammen, um, ungeführt von der „Politik der Straße“, ihre für das gesamte deutsche Volk so hoch wichtige Aufgabe zu erfüllen. Neben der Befähigung einer provisorischen Regierung soll die Nationalversammlung in der Hauptsache eine Reichsverfassung schaffen und den deutschen Friedensunterhändlern den nötigen Rückhalt gewähren. Weiterhin dürfte sie sich noch mit wichtigen Finanzfragen zu befassen und dringende Reichsgesetze zu beschließen haben. Der im „Reichsanzeiger“ vom 20. Januar veröffentlichte, vom Staatssekretär des Innern Dr. Preuß bearbeitete Verfassungsentwurf gliedert sich in vier Abschnitte. Der erste behandelt das Reich und die deutschen Freistaaten. Ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen können innerhalb des Reiches neue deutsche Freistaaten errichtet werden, deren jeder aber mindestens zwei Millionen Einwohner umfassen soll. Alle Staatsgewalt liegt beim Volke. Reichsrecht geht vor Landesrecht. Die Landesregierung ist Volksvertretung verantwortlich und von ihrem Vertrage abhängig. Gemeinden und Gemeindeverbänden wird das Selbstverwaltungsrecht eingeräumt. Im zweiten Abschnitte

des Entwurfs werden die Grundrechte des deutschen Volkes geregelt. Danach sind alle Deutschen vor dem Gesetz gleichberechtigt. Alle Vorrrechte und rechtlichen Nachteile gelten als befristet. Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Ausübung der Koalitionsfreiheit unterliegt keinerlei Beschränkung. Von der gezeigten Gewalt handelt der dritte Abschnitt des Entwurfs. Der Reichstag gliedert sich in zwei Häuser, das Volkshaus und das Staatenhaus. Die Abgeordneten des Volkshauses gehen aus einhelligen freies Wahlten des ganzen deutschen Volkes hervor, und die Abgeordneten des Staatenhauses werden von den Landtagen der deutschen Freistaaten aus der Mitte der Staatsangehörigen nach Maßgabe des Landrechts gewählt. Auf eine Million Landeseinwohner entfällt ein Abgeordneter, doch darf im Staatenhause kein Bundes- resp. Freistaat durch mehr als ein Drittel aller Abgeordneten vertreten sein. Bis zur endgültigen Bildung der neuen Freistaaten wird ein provisorisches Staatenhaus nach noch zu beschließenden Satzungen eingerichtet werden. Der Schwerpunkt in der Gesetzgebung wird beim Reich liegen. Die Bedeutung der Landesgesetzgebung wird insofern hinter der Reichsgesetzgebung in Zukunft stark zurücktreten, als der letzteren das gesamte öffentliche Verkehrs- und die öffentliche Gesundheitspflege, das Verkehrswesen, Kirche und Schule usw. unterstellt werden sollen. Außerdem erhält die Reichsregierung die erforderlichen Machtmittel, um die Durchführung reichsgesetzlicher Bestimmungen in allen Bundesstaaten zu gewährleisten. Die Wahlperiode für die beiden Häuser des Reichstages — des Volkshauses und des Staatenhauses — soll eine dreijährige sein. Zum Inkraftkommen eines Gesetzes sind übereinstimmende Beschlüsse beider Häuser erforderlich. Beim Nichtzustandekommen solcher Übereinstimmungen kann der Reichspräsident entweder zur Auflösung schreiben oder er muß die förmliche Frage einer Volksabstimmung zur Entscheidung unterbreiten. Nach den Vorschlägen des vierten Abschnitts des erwähnten Entwurfs tritt ein Reichspräsident an die Spitze der deutschen Republik, dessen Amtsdauer sich auf sieben Jahre erstreckt. Seine Wahl erfolgt durch das gesamte Volk, und zwar mit absoluter Majorität. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Amtsdauer des Reichspräsidenten kann eine Verlängerung erfahren durch seine auf Antrag des Reichstags erfolgende Ablegung, über die eine Volksabstimmung herbeizuführen ist. Vom Reichspräsidenten werden ernannt der Reichskanzler und nach dessen Vorschlägen die Reichsminister. Reichskanzler und Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Volkshauses. Sie müssen zurücktreten, wenn ihnen dieses Vertrauen entzogen wird. Die Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten und auch der Reichsminister soll geklärt werden durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes, der bei Bedarf zusammentritt.

Die Grundgedanken des vorliegenden Verfassungsentwurfs werden dem demokratischen Empfinden weiter Volkskreise vollst. gerecht, und auch von der Zusammensetzung der Nationalversammlung darf man erwarten, daß diese jenem Empfinden in vollem Maße Rechnung tragen wird durch die zu fassenden Beschlüsse. Außer den hier skizzierten Hauptaufgaben wird die Nationalversammlung noch zu dem großen Komplex wirtschaftlicher Fragen Stellung zu nehmen haben, zum Energiegesetz, zur Sozialversicherung, zu lebenswichtigen Fragen der Industrie und zu Steuerfragen. Später werden dann im Laufe des Jahres die Wahlen zum Reichstag und zu den sonstigen Körperschaften stattfinden. Kurzum, es wird ein riesiges Arbeitspensum im sozialistisch-demokratischen Sinne zu bewältigen sein, um dem wahren Volkswohlrechtliche Geltung zu verschaffen. Alle freibeitlich geklärten Volkskreise sind am Wohlgefallen des schwierigen Werkes aus höchster interessiert. Sie müssen deshalb auch bereit und entschlossen sein, ihre besten Kräfte dafür reiflos einzusetzen, sei es in politischer, sei es in wirtschaftlicher Beziehung. „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß!“

Das Buchgewerbe im Auslande

Osterreich. Bedauerlicherweise sind die Abpflichtungsbestrebungen nationaler Gruppen von den Organisationsgebilden im Buchdruckgewerbe gegenüber im vollen Gange. Am eifrigsten hatten es die scheidenden Prinzipale in Böhmen und Mähren, welche sich nach dem Ausbruch der tschecho-slowakischen Republik von ihrer das ganze Österreich umspannenden Unternehmerorganisation losgelassen und auch dem Tarifamt mitteilten, daß sie die Tarifgemeinschaft als für sie nicht mehr bindend erachten. Der böhmische Landesverband wurde die neue Organisation, welcher sich auch einige mährliche Unternehmer anschlossen. Die Gehilfenschaft wurde von den tschechischen Prinzipalen in Böhmen aufgelöst, mit ihnen in Verhandlungen einzutreten, um eine neue selbständige Tarifgemeinschaft zu schaffen. Diese ist nunmehr auch — leider unter Mitwirkung der tschechischen Gehilfen — zur Laube geworden. Ein Tarifamt wurde gebildet, ein Tarifauschuss zu schaffen beschlossen und der alte Tarif mit den Änderungen vom 19. Oktober 1918, angepaßt an das Gesetz der tschecho-slowakischen Republik über den Arbeitsvertrag, bis zum 31. Dezember 1919 verlängert. Die deutschböhmischen Prinzipale haben bis jetzt noch keine diesbezügliche Entscheidung getroffen; unsere Kollegen in Deutschböhmen haben einen sehr vernünftigen Standpunkt eingenommen; sie wollen die Friedenskonferenz und die neuen Grenzbestimmungen abwarten. Während Gehilfenschaft hat sich bei den Verhandlungen mit der tschechischen Prinzipalität nicht vertreten lassen.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt ansehnlich. In Niederösterreich springen die Ziffern vom Arbeitslosenwachsen wie folgt: 210, 437, 904, 1036, 1188, 1248, 1277, 1279, 1355, 1393, 1419. Demgegenüber sind die Arbeitsvermittlungen in derselben Zeit geradezu als käuflich zu bezeichnen: 71, 116, 123, 74, 71, 47, 39, 24, 35, 56, 92.

Ungarn. Zwischen dem Budapest Prinzipalverein der graphischen und verwandten Berufe und den Gehilfenorganisationen der Buchdrucker, Schriftsetzer und Stereotypisten, Lithographen und Chemigraphen sowie Buchbinder und Rastierer wurde neuerdings eine Vereinbarung getroffen, nach welcher sämtliche Sacharbeiter, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter rückwirkend von der mit dem 6. Januar beginnenden Woche außerordentliche Lohnzulagen erhalten, und zwar diejenigen Sacharbeiter der Buchdruckerien, Steherinnen und Stereotypisten, deren im Tarif kategorieweise festgesetzter Wochenlohn das Minimum höchstens um 24 Kr. überschreitet, 12 Kr. Lohnzulage und alle jene Sacharbeiter, deren Wochenlohn das für sie festgesetzte Minimum um 25 Kr. oder mehr überschreitet, eine Lohnzulage von 9 Kr. Sämtliche Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter erhalten ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Wochenlohns eine Lohnerhöhung von 7 Kr. Für berechnende Steher sind entsprechende Erhöhungen vorzulegen. Die auf Grund einer im Februar 1918 abgeschlossenen Vereinbarung gezahlte Separatzulage (zur Zeit 57 Proz.) ist nach den erhöhten Löhnen zu geben. Des weiteren wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen ein Vorkauf in Höhe von 300 bis 500 Kr. gewährt. Ausgenommen hiervon sind in Ausnahmefällen oder in Abhängigkeit lebende Arbeiter oder Arbeiterinnen. Die Rückzahlung des Vorkaufes erfolgt ab 18. Januar dergestalt, daß auf je 50 Kr. wöchentlich 1 Kr. zurückgezahlt wird.

Dem langjährig Obmann des Unterstützungsvereins der Buchdrucker und Schriftsetzer Ungarns, Kollegen Julius Peidl, wurde eine der höchsten Stellen angetragen, die gegenwärtig vom Volke zu vergeben sind. Er wurde Minister für Volkswohlfahrtspflege.

Norwegen. Am für die kommende Tarifbewegung (1. April d. J.) gerüht zu sein, erhöhte der Ortsverein Kristiania den Ertragsbeitrag von 1 auf 3 Kr. für die Klasse I. und von 50 Ore auf 1,50 Kr. für Klasse II. Im Falle friedlicher Lösung soll dieses Spargeld zurückgezahlt werden. Auch der Verbandsbeitrag wurde um 10 Ore für alle Klassen erhöht. Die Löhne steigen mit der Teuerung auch nach Kriegsschluss.

Schweden. Zum Jahresabschluss fand der hiesige Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe dem Verbandsvorsitzende zur Veränderung des Tarifs, welche am 1. Juli 1919 in Kraft treten sollen. Daraus ist hervorzuhellen: Als Gehalt gilt der Minimallohn vom 1. Januar 1917 + 10 Proz. Dazu kommen Teuerungszulagen, die bei den Verhandlungen festgesetzt werden. Der Grundpreis für das Berechnen erhöht sich um 20 Proz., dagegen fällt der Zuschlag von 10 Proz. auf Zeitungslohn fort. Der Unterschied im Lohne der Setzungs- und „Zieler“ besteht also in Zukunft nicht mehr. Der Tarif gilt nur ein Jahr. Für die ersten drei Überstunden sollen 50 Proz., für weitere sowie für Feiertagsarbeit, worunter auch die Arbeit am 1. Mai fällt, und für die Arbeit während der Paulen 100 Proz. Entschädigung gezahlt werden. Die Gehilfen haben einen Gegenanschlag eingereicht. In Uleå (nördliches Schweden) sind die Löhne durchschnittlich um 75 Kr. gebracht worden, also höher als in Stockholm und bedeutend über die Abmachungen.

Frankreich. Auf dem Umweg über die Schweiz erfahren wir aus der „Rechtlichen Typographie“, daß die Wiedereinführung der Verbandssteuer von 50 Cent. durch Urabstimmung beschlossen wurde. 3393 Stimmen wurden für die Wiedereinführung und 136 Stimmen gegen dieselbe abgegeben.

Zur Zeit herrscht in Paris grobe Arbeitslosigkeit, und auch in der Provinz ist der Arbeitsmarkt in Anbetracht der Demobilisation augenblicklich ungünstig. Den Sektionsvorständen sowohl wie den in Eigenliebe bestehenden Verbänden ist seitens des Zentralkomitees mitgeteilt worden, daß den fremden reisenden Kollegen Vitium nicht ausgehört wird.

Der Vorsteher des französischen Verbandes, Kollege Keuler, verhandelte mit der elsass-lothringischen Kollegenschaft in Metz und Strassburg zwecks deren Anschluß an den französischen Verband. Er hatte nach der „Rechtlichen Typographie“ Unterredungen u. a. mit dem Kollegen Petros in Strassburg sowie mit dem früheren Reichstagsabgeordneten Weill in Metz. Von den Kollegen Gillel und Klein wurde dem Kollegen Keuler die Mitteilung gemacht, daß sie dem französischen Zentralkomitee den Austritt der elsass-lothringischen Kollegenschaft aus dem deutschen Verbande gemeldet hätten. Einige deutsche Kollegen würden es für richtig halten, einen autonomen elsass-lothringischen Verband zu gründen; die Mehrzahl sei jedoch für den Anschluß an den französischen Verband, allerdings unter der Bedingung der Beibehaltung der Vorteile, welche sie in Anbetracht ihrer Kassen und ihrer hohen Beiträge besitzen. Es wurde festgesetzt, daß den elsass-lothringischen Kollegen in dieser Hinsicht Genugtuung geleistet werden könnte. Schließlich einigte man sich dahingehend, diese Angelegenheiten nach einer Prüfung des Status des französischen Verbandes brieflich zu erledigen; später soll dann ein Kongreß der Sektionen Elsass-Lothringens unter Hingabe des französischen Zentralkomitees den Wortlaut des abzuschließenden Vertrags feststellen. Wir finden es eigenartig und mindestens verfrüht, schon jetzt, noch ehe der Friede geschlossen und Elsass-Lothringen von Deutschland definitiv abgetrennt worden ist, dergestalt Verhandlungen zu pflegen.

Italien. Seit 1. Januar 1919 wird in Italien eine Stempelsteuer auf Anzeigen jeder Art, ausgenommen solche bestimmter Behörden und öffentlicher Vergünstigungen sowie kirchliche Anzeigen, erhoben. Dieselbe schwankt zwischen 10 Centesimi und 10 Lire.

Amerika. Eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Deutsch-Amerikanischen Typographia gippte u. a. folgende Beschlüsse: Der Name des Bundes bleibt derselbe, wie er seit 45 Jahren besteht — ein Antrag auf Streichung des Wortes „Deutsch“ wurde abgelehnt. Mitglieder, welche mindestens drei Tage in der Woche arbeiten, erhalten für diese Woche keine Unterstützung. Die „Buchdruckerzeitung“ wird in Zukunft nicht mehr als bisher halbmönatlich, sondern nur noch monatlich erscheinen, und zwar in der Mitte des Monats.

Die Grippe und Pneumonia, welche das ganze Land überflutet, hat auch in den Reihen der International Typographical Union viele Opfer gefordert, denn in ihren beiden Rechnungsmonaten vom 21. September bis 20. November v. J. wurden nicht weniger als 311 Sterbefälle gemeldet, für welche die Summe von 102383 Doll. verausgabt werden mußte.

Die Löhne der Steher in den Werk- und Maschinenbetrieben von Groß-New York wurden von der nationalen Arbeitsgemeinschaft vor kurzem um 3,60 Dollar auf 33,60 Doll. pro Woche erhöht. Der Präsident von der „Big 6“ machte diese Behörde jedoch darauf aufmerksam, daß die Erhöhung in Anbetracht der kolossal verteuerten Lebenshaltung ungenügend sei, und so wurde den Stehern eine weitere Erhöhung von 2,40 Doll., insgesamt also 6 Doll., ausprochen. Die Steher in den Werk- und Maschinenbetrieben der Stadt New York erhalten nunmehr 36 Doll. für die Tag- bzw. 39 Doll. für die Nacharbeit.

Ernährungswirtschaft

Kartoffeln und Fleisch

Unser Ernährungslage zeigt wieder ein verändertes Gesicht, zum Teil kein gutes. Auf Grund der zusammengekrumpten Lebensmittelvorräte sieht sich das Reichsernährungsamt gezwungen, die Kartoffelration vom 3. Februar ab allgemein auf 5 Pfd. herabzusetzen. Das fleischmangelnde behandelte Schmalz hat bekanntlich schon seit November v. J. mit einer 5-Pfund-Ration abfinden, und vor wech, was das fast vollständige Verlagen der Zulieferer aus den Zulieferungsgebieten der Provinz Sachsen und Polen nicht alles noch im Geleise hat. Im übrigen könnte vieles besser sein, wenn nicht durch Verflüchtigung und wuchernden Schleichhandel gerade in diesem Wirtschaftsjahre der öffentlichen Versorgung so große Mengen entzogen würden. Es muß verlangt werden, daß die Nährmittel, die erst im Frühjahr zur Ausgabe gelangen sollen, schon jetzt als Ersatz für fehlende Kartoffeln ausgegeben werden, und dann in erster Linie dort, wo die Not am größten ist, und dann erst, wo noch erträgliche Verhältnisse herrschen. Für später wird dann schon Rat durch amerikanische Hilfe geschaffen werden.

Ein Lichtblick in dem unüberwindlichen Dunkel unfruchtbarer Ernährungslage ist die gleichzeitige für den 3. Februar angekündigte Erhöhung der Fleischration um 100 g. Es ist das nicht mehr als recht und billig, und es wurde gar die höchste Zeit damit, denn durch die Herabminderung des Militärbedarfs, der mehr betrug als für die gesamte Zivilbevölkerung, steht nun jedem einzelnen Zivilisten eine größere Ration zur Verfügung. In aufgestellten Bezirken wurde schon vielfach bedeutet über die zustehende Ration hinausgegangen und der Schleichhandel mit Fleisch hand noch mehr in voller Blüte. In Gasketten wurden ungenügend Fleischgerichte ohne Marken verabreicht, und selbst die fleischlosen Tage nicht mehr eingehalten, so daß vielfach behördlich gewarnt wurde. Gegen die zunehmenden Gehelmschlachtungen, die letzten Endes die Landwirtschaft schädigen, machen nun auch die Landwirte selbst in ihren Zeitungen durch ernste Mahnungen mobil. Natürlich ohne Erfolg. Diese Profiteure von Landwirten könnten sicher auf Grund eines gewissen Viehklafters wegen unbefugten Verkaufs dingfest gemacht und demgemäß auch bestraft werden.

Im Sachsenlande, wo nicht minder hinterherum gewirtschaftet wird, wenn auch unter erschwerten Umständen, muß natürlich wieder gebremst werden. Die Ration wird in den Großstädten nur um 50 g, allgemein auf 250 g erhöht und dadurch die Bewohner des platten Landes und der kleinen Städte mit den sonst schlechter verlorbenen Großstädten gleichgestellt. Dresden und Leipzig haben bereits dagegen energisch protestiert. Zur Deckung des Bedarfs müssen eben, wenn notwendig, Zulieferungsgebiete herangezogen werden, oder es bleibt beim alten Verhältnisse. Müßten denn Sachsen Großstädte immer nur die halben Nahrung jeder Verbesserung sein?

Wenn es gar allgemein zu einer Erhöhung des Preises kommen soll, wie es beispielsweise in dem schon hartbedrängten Sachsen um 10 Pf. pro Pfund geschieht, so muß dem ganz energisch widerprochen werden. Es ist streng zu verurteilen angeht dessen, daß wir nur durch Senkung der Preise (und dann erst der Löhne) zur Gesundung unfruchtbarer Lage beitragen können. Die hohen Schlachtpreise müssen endlich herunter, und wenn schon durch erhöhte Befehlshauskosten Mehrausgaben entstehen, wie a. B. für Gefrierfleisch, dann halte man sich an den Viehhändlerverbänden schadlos, die Sünderte von Millionen während des Krieges auf Kosten des Volkes zugemacht haben. Mühte es sein, daß die Verbände, die nur zur Gewährleistung der Fleischversorgung ins Leben gerufen waren, für jedes Stück Vieh 7 Proz. und noch

mehr Ausschlag berechneten? Der kassische Verband allein machte außer seiner gewöhnlichen Unkostenrechnung jährlich 7 Mill. Mh. Ueberfluß und der bayerische sogar jedes Jahr 22 Mill. Mh. Wiederholt wurde die Volksbewucherung im Reichstage gekennzeichnet, aber Abhilfe nicht geschaffen. Gemäß von Grundrissen der Verbände und Provinzialstellen soll der Milliardengewinn durch die Landwirtschafskammern der „notleidenden“ Landwirtschaft wieder „Aufbesserung der Viehzucht“ zugute kommen. 55ber geb's nimmer!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Fr. Bauchen. Zu Ehren der aus dem Feld und dem Seeresdienst zurückgekehrten Kollegen veranstaltete unser Ortsverein am 19. Januar eine Begrüßungsfeier. Ein vom Kollegen A. Böber verfaßter Prolog leitete die Feier ein und fand reichen Beifall, ebenso ein zur Erhaltung ausgeführtes Theaterstück. Auch hatte Kollege Böber ein den Heimkehrern gewidmetes Festspiel verfaßt. Zahlreich waren die Kollegen mit ihren Angehörigen erschienen und blieben auch bis zum Schluß in frohster Laune beisammen. — Die Hauptversammlung fand am 25. Januar statt. Zur Eröffnung begrüßte Vorsitzender Schme bei die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen und brachte dann seinen Jahresbericht zu Gehör. Von den Kollegen sind bis jetzt alle wieder zurückgekehrt, bis auf einige jüngere, die sich in Garnison befinden. Ein Kollege schwächte leider noch in englischer Gefangenschaft. Mit dem Wunsch, daß es auch diesem Kollegen bald vergönnt sein möge, in unsre Mitte zurückzukehren, schloß der Vorsitzende seinen Bericht. Dem Kassenericht ist folgendes zu entnehmen: Mitglieder waren am Jahresanfang 36, am Ende 44 vorhanden. Einer Gesamteinnahme von 262,13 Mh. in der Ortskasse stand eine Ausgabe von 155,20 Mh. gegenüber, so daß ein Kassensaldo von 106,93 Mh. verblieb. Der zur Unterstützung bedürftiger Familien eingezogener Kollegen 1916 ins Leben gerulene Fonds hat gegenwärtig einen Bestand von 330,88 Mh. Auf Antrag aus der Versammlung soll dieser Fonds zu einer direkten Unterstützungskasse für invalide und in Not geratene Kollegen ausgebaut werden. Der Vorstand soll sich mit der Statutenfestlegung und den andern Arbeiten hierzu befassen. Des weitern wurde beantragt, da sich besonders unter den heimgekehrten Kollegen ein großes Bedürfnis nach der „Aorr.“-Zeitung geltend macht, auf Kosten des Ortsvereins für jedes Mitglied ein Exemplar des „Aorr.“ zu beziehen. Die letzten Steuerungsulagen wurden in allen hiesigen Druckereien gezahlt. Wie in andern Städten, machte sich auch unter den hiesigen Prinzipalen anfangs ein Widerstand bemerkbar. Um das halbe Duzend voll zu machen, erklärte sich der Gesamtvorstand bereit, noch ein weiteres Jahr zu amittieren. Von jetzt ab finden wieder regelmäßige Bibliothekbeständen statt, jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, vormittags von 10^{1/2} bis 12 Uhr. Antragsgemäß soll auch der Graphische Klub wieder aus seinem Kriegsdienst auferstehen.

Dresden. (Schriftleiter-Generalsversammlung am 21. Januar.) Nach Begrüßung der aus dem Felde heimgekehrten und der Ehrung zweier gefallener und eines verstorbenen Kollegen gab der stellvertretende Vorsitzende den Jahresbericht. Sämtliche Kollegen wurden wieder eingekleidet, ebenso die in andern Berufen tätig gewordenen. Durch die bisher gewährte 60prozentige Steuerungsulage war allen ein einigermaßen auskömmlicher Verdienst garantiert. Infolge der Sperre und des schwachen Gasdrucks (es gibt Tage, an welchen die Maschinen infolge dessen nur drei Stunden laufen können) ist den Berechnern ein großer Lohnausfall entstanden. Durch das Entgegenkommen der Firma Brüder Butter wird den Kollegen ein angemessener Verdienst gesichert. Es wurde von der Versammlung anerkannt, daß dies eine hohe Belastung des Geschäfts sei, und es wäre nur zu wünschen, wenn bald eine Besserung der Lage eintreten würde. An Stelle des noch im Felde befindlichen ersten Vorsitzenden wurde Kollege Trischer als Stellvertreter wiedergewählt, als Kassierer Kollege Fischer II.

Übing. Die am 18. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Der Vorsitzende entbot den zahlreich erschienenen Kollegen ein gelegenes neues Jahr und begrüßte wiederum einige Kollegen, die aus dem Felde zurückgekehrt sind, wünschend, daß sie sich bald wieder in die beruflichen wie tariflichen Verhältnisse finden möchten. In seinem kurzen, aber gut durchdachten Jahresberichte schilderte der Vorsitzende die Vorgänge des verlossenen Jahres. Nachdem der Kassierer den Vierteljahrs- und Jahreskassenbericht erstattet hatte, wurde ihm Entlassung erteilt. Es verblieb der Ortskasse ein Ueberfluß von 215,72 Mh. Augenblicklich besteht der Ortsverein aus 44 Mitgliedern, wovon zwölf arbeitslos sind, die leider infolge Einnehmens einer Zeitungsdruckerei während des Krieges in den andern schwer unterzubringen sind. Bei der Wahl der Vorstandsämter stimmten die Kollegen geschlossen für eine Wiederwahl der Kollegen Geißendorfer (Vorsitzender) und Stahl (Kassierer), die für das Vertrauen dankten und die Wahl annahmten; die andern Ämter wurden neu besetzt. Der Zeit entsprechend wurden auch die Remunerationen bedeutend erhöht und ein kleiner Ausgleich den teuren Ausgaben gegenüber geschaffen. Die Anschaffung einer Ehrenstatue für elf Mitglieder, die durch den Krieg aus unsrer Mitte gerissen sind, wurde beschlossen. Der Bildung einer Typographischen Vereinigung konnte leider der vorgeschrittenen Zeit wegen noch nicht feste Gehalt gegeben werden, jedoch erklärten sämtliche anwesenden

Kollegen ihren Beifritt. Ein vorläufig gewählter Ausschuss wird das Weitere veranlassen.

Konstanz. Die am 25. Januar abgehaltene Hauptversammlung unseres Ortsvereins war sehr gut besucht. Nach warmer Begrüßung der vom Felde heimgekehrten Kollegen durch den Vorsitzenden Holz erstattete dieser einen kurzen Bericht über das abgelaufene Jahr und die derzeitigen Verhältnisse am Orte. Nachdem die Aufnahme von drei Kollegen, darunter eines bisherigen Mitgliedes des Gutenbergbundes, einstimmig genehmigt war, erstattete der Vorsitzende eingehenden Bericht über die Frage der neuen Steuerungsulagen, die, wie an den meisten Druckorten des Gaues Oberrhein, auch in Konstanz bis jetzt nicht ausgezahlt wurden. Nach einer mit dem Prinzipalvorsitzenden gehaltenen Unterredung sollte am 28. Januar in Karlsruhe eine Besprechung stattfinden im Beisein eines Vertreters des Ministeriums. Die Versammlung stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, das Ergebnis dieser Besprechung noch abzuwarten, steht aber auf dem Standpunkte, daß die Gehaltschaft der Zulagen notwendig bedürftig, da die Anschaffung von Kleibern, Wäsche und Schuhwerk mit unerwünschten Kosten verknüpft und diese Artikel doch notwendig ergänzt werden müssen; die meisten Prinzipale würden auch in der Lage sein, die Zulagen zu bezahlen. Der Vorsitzende machte dann noch Mitteilung über eine im Prinzipalorgan erschienene Notiz aus Konstanz, wonach er als Gehaltsvorsitzender den Standpunkt der Prinzipale teile und die Zulagen ablehne. Das sei natürlich Anstößig. Er erklärte das Zustandekommen dieser Notiz dahin auf, daß die Redaktion der „Zeitschrift“ auf Grund eines lächerlich abgefaßten Telegramms des Prinzipalvorsitzenden die Notiz ausgebaut habe. Der Prinzipalvorsitzende selbst habe ihm erklärt, daß er das, was in der Notiz stehe, weder geschrieben habe noch schreiben wolle. Er als Gehaltsvorsitzender habe selbstredend das weder gesagt, noch hätte er die Befugnis hierzu. Er habe sich lediglich bereit erklärt, vorbehaltslos späterer Nachzahlung zuwarten (wie dies auch bei der zahlreichen Proteste auch an andern Orten geschehen sei), bis die verworrene Lage sich geklärt habe. Nach kurzer, erregter Debatte wurde die Fassung folgender Resolution beschlossen: „Die am 25. Januar stattgehabte Versammlung des Ortsvereins Konstanz nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der unrichtigen Berichterstattung in Nr. 3 der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ und erhebt energischen Protest gegen die Entstellung der Ausführungen ihres Vorsitzenden bezüglich seiner Stellungnahme zu den Steuerungsulagen. Die Versammlung stellt sich voll und ganz auf den Boden des Verbandes und der Beschlüsse der Tariforgane.“ Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen ergaben einige unwesentliche Veränderungen. Dann wurde noch der Ortsbeitrag von 5 auf 10 Pf. mit Wirkung ab 1. Januar erhöht und hierauf die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Koch auf den Verband geschlossen.

Ludwigslust i. Meckl. Am 26. Januar wurde hier selbst die erste diesjährige Bezirksversammlung des Bezirks Südwest-Mecklenburg abgehalten, welche von den Kollegen aus den umliegenden Druckorten außerordentlich gut besucht war. Stellvertreter der Vorsitzenden Müller hielt die erlöschenden Kollegen herzlich willkommen und richtete namentlich an die aus dem Felde heimkehrenden Kollegen Worte des Dankes und der Begrüßung. Auch gedachte er der im Laufe des Vereinsjahres von uns geschiedenen Kollegen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Hierauf erstattete der Kassierer den Kassensbericht, welcher zu keiner Beanstandung Veranlassung gab. Bei der Vorstandswahl wurde für den von vier verzogenen Kollegen Kolbow Kollege Apitz als Vorsitzender und Kollege Müller als Kassierer gewählt. Der nächste Punkt betraf die Aussprache der Kollegen über die Einführung der letzten Steuerungsulage. In den Ortsschaften Ludwigslust, Parchim, Neustadt, Hagenow, Volzenburg wurde die Zulage einstimmig bewilligt, jedoch in den beiden Ortsschaften Grabow und Admit haben die Kollegen sehr mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum Schluß der Versammlung erstattete uns Gauvorsitzer Dabone einen kurzen Bericht über die Gauvorsitzerkonferenz in Leipzig und stellte die heutige Westlage, wofür ihm der Dank der versammelten Kollegen zuteil ward. Auch erwähnte der stellvertretende Vorsitzende die jüngeren Kollegen, der im Gau vorhandenen Sterbefälle betreten, um so das nützliche Unternehmen zu kräftigen und zu fördern.

Kr. Marienburg (Westpr.). In der Zeit der Umwälzungen ist auch die Marienburger Kollegenchaft aufgemacht und zur Erkenntnis gekommen, daß ihre Lebensinteressen sich nur mit Hilfe der Organisation verbessern lassen. Einige hier konditionierende Verbandsmitglieder berieten alle am Orte befindlichen Buchdrucker zu einer Versammlung am 13. Januar zusammen. Nach freier Aussprache wurde sofort ein Ortsverein ins Leben gerufen. In den Vorstand wurden u. a. die Kollegen Pulkwitz als Vorsitzender und Kelmer als Kassierer gewählt. Der Beitrag zur Ortskasse wurde auf 20 Pf. wöchentlich festgesetzt. Von den drei am Orte befindlichen Druckereien lief zwei tariftreu, während wir mit der dritten („Marienburger Zeitung“ [Snb. D. Halb]) augenblicklich in Verhandlung stehen. Anfang jeden Monats findet eine Monatsversammlung und Mitte jeden Monats ein Kollegenabend statt. Unter „Berichtedemem“ wurde über die in den einzelnen Druckereien bewilligten oder nichtbewilligten Steuerungsulagen diskutiert. Ein Gauvorsitzendenmitglied, welches zu dieser Versammlung sein Erscheinen zugesagt hatte, wurde leider durch die schlechten Verkehrsverhältnisse am Kommen verhindert. Der Vorsitzende gab dem Wunsch Ausdruck, daß alle noch vorhandenen Nichtmitglieder am Orte in sich Einkehr halten möchten, um recht bald Mitglied des Ortsvereins zu werden. Ein Koch

auf den Verband schloß die interessante Versammlung. — Am 22. Januar fand unser festgelebter Kollegenabend statt. Die Kollegen waren hierzu vollständig erschienen, auch waren einige Nichtmitglieder anwesend. Nach einigen allgemeinen Mitteilungen des Vorsitzenden wurde das Ortsstatut festgelegt und die Ausarbeitung desselben dem Vorstand überlassen. Unter „Berichtedemem“ wurden einige interne Angelegenheiten behandelt, und wir konnten an diesem Abend zwei Neuaufnahmen verzeichnen. Nachdem die Versammlung geschlossen worden war, begann der gemütliche Teil dieses Abends, und dieser hielt die Kollegen noch längere Zeit in humorvoller Stimmung beisammen.

Lpp. Mesel. Inre am 29. Dezember abgehaltene Generalversammlung hatte sich einen guten Besuch zu erfreuen. Inre ehemaligen leidtragenden Kollegen hatten sich zahlreich eingefunden. Der stellvertretende Vorsitzende Fritz hielt die zahlreich Er erschienenen herzlich willkommen, ganz besonders die aus dem Felde heimgekehrten Kollegen. Sodann gedachte er der auf dem Felde der Ehre gebliebenen und der in der Heimat verstorbenen Kollegen. Die Versammlung ehrte deren Andenken. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden u. a. wiedergewählt Kollege Lehmann als erster Vorsitzender und Kollege Ossendorf als Kassierer. Die Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer wurde mit 1. Januar 1919 aufgehoben und diejenigen für die in Gefangenschaft befindlichen Kollegen weiter bewilligt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die einträchtig verlaufene Versammlung.

Wittenberg. Inre äußerst gut besuchte Generalversammlung fand am 18. Januar statt. Die Tagesordnung lag wie alljährlich mit einem Rückblick auf das verlossene Jahr gedruckt den Mitgliedern vor. Eine Aufnahme wurde vollzogen. Darauf folgte der Kassensbericht, ferner die Festlegung des Ortsbeitrags. Ängere Zeit nahm die Wahl des Gesamtvorstandes in Anspruch. Kollege Koch, unser langjähriger Vorsitzender, legte seines vorgeschrittenen Alters wegen sein Amt nieder, zumal er noch den Posten eines Beiratsleiters inne hat. Der neue Vorsitzende, Kollege Kleemann, wurde mit großer Mehrheit gewählt, das Kassiereramt bleibt in der Hand des seitherigen Inhabers. Im Kartell sind wir durch drei Delegierte vertreten. Ein Antrag von den Kollegen Freund und Genossen ging dahin, den Gesamtverein „Typographia“ als Gefangenschaft des Ortsvereins zu übernehmen, so daß alle Kollegen Mitglieder derselben sind. Am Schluß hielt Kollege Kleemann als neuer Vorsitzender eine längere Rede, indem er auf die Notwendigkeit eines recht regen und guten Zusammenarbeitens hinwies; er vergab dabei nicht, dem bisherigen Vorstande, besonders unsern lieben Kollegen Koch, seinen Dank auszusprechen für die aufopfernde und legerreiche Arbeit, die er während des Krieges geleistet hat.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswertes Beispiel. Die Buchdruckeri Friedrich Puket in Regensburg gewährt zu Weihnachten, wie alljährlich, den verheirateten Kollegen eine Weihnachtsgabe von je 20 Mk. Auch den Familien der eingezogenen Kollegen wurden seit Kriegsbeginn wöchentliche Unterstüzungen gewährt.

Dank heimkehrender Kollegen aus der Ukraine. Das Personal der „Ukrainer Zeitung“ (Verdruckerel des Armeekorpskommandos Kiev) ließ uns durch den Kollegen Dröwald aus Anlaß der allfälligen Heimkehr aus der Ukraine den Betrag von 104 Mk. zugunsten der Fürsorge für Kriegsbeschädigte geben. Wir haben dem Überbringer eine Quittung ausgestellt und werden den genannten Betrag dem Verbandsvorstande zur entsprechenden Verwendung übermitteln.

Entlassung von Kriegsteilnehmern. Auf Grund einer Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisierung vom 24. Januar d. J. wird die gemäß der Verordnung vom 4. Januar d. J. über die Entlassung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung am 23. Januar ablaufende Meldefrist für Kriegsteilnehmer bis zum 6. Februar 1919 verlängert. Wir machen unsre Kollegen, welche bei Inkrafttreten der ersten Verordnung, also am 4. Januar, bereits entlassen waren und aus irgendeinem Grunde die Meldung bei ihrem früheren Arbeitgeber unterlassen haben, auf diese Fristverlängerung besonders aufmerksam. Für später Entlassene gilt nach wie vor die zweiwöchige Meldefrist, ebenso für Kriegsteilnehmer, welche auf Grund freiwilliger Meldung bei Seeres- oder Marineverbänden zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung oder des Grenzschutzes Verwendung finden.

Zweihunderdfähriges Bestehen. Die weitbekannteste Firma Breitkopf & Härtel in Leipzig beging am 27. Januar die Feier des zweihunderdfährigen Bestehens ihrer Verlagsbuchhandlung. Für das Buchdruckgewerbe reicht die Geschichte dieses Hauses eigentlich noch weiter zurück, denn bereits im Jahre 1664 gründete S. Georgi die Schriftgießerei und Buchdruckerei, welche 1719 von Bernhard Breitkopf erworben und zu einer Verlagsbuchhandlung erweitert wurde. Unter Bernhard Breitkopf gelangte die Firma zu bedeutendem Ansehen. Der Sohn Bernhard Breitkopfs, Emanuel, welcher als das berühmteste Mitglied der Familie gilt, hat sich besonders als Begründer des Musikalienhandels hervorgetan. Unter ihm wurde ein großes Lager nicht nur deutscher, sondern auch ausländischer handchriftlicher und gedruckter Musikalien errichtet, aber auch der Buchverlag eifrig betrieben. Da

neben verfaßte er als Schriftsteller Beiträge zur Geschichte des Buchdrucks. Immanuel's Sohn Christoph Gottlieb trat die Leitung des Geschäfts im Jahre 1795 an. Gottfried Christoph Härtel ab; seitdem führt die Firma den Namen Breitkopf & Härtel. Geheimer Hofrat Dr. v. Sale und Geheimer Hofrat Dr. Ludwig Volkmann sind die derzeitigen Inhaber der Firma. Der Musikalienverlag zählt gegenwärtig über 2000 Nummern. In Berlin sowohl wie in Brüssel, London und New York hat die Firma Verlagsbureau und Niederlagen errichtet, von denen jedoch in Anbetracht des Kriegszustandes nur noch das Berliner Haus gegenwärtig in Tätigkeit sein dürfte. Unter dem Titel: "Breitkopf & Härtel, Gedächtnis und Arbeitsbericht", hat Oscar v. Sale eine Geschichte des Hauses geschrieben, deren zweiter Band als Festgabe zum Jubiläum der Firma erscheint. Für die Angehörigen und Arbeiter sowie für Geschäftsfreunde des Hauses Breitkopf & Härtel wurde aus Anlaß des Jubiläums eine Festvorstellung im Neuen Theater zu Leipzig gegeben.

Graphische Ausstellung. Die Ausstellung schweizerischer Graphik im Buchgewerbehaus zu Leipzig, welche wochentags von 10 bis 4 Uhr und Sonntags von 11 bis 2 Uhr geöffnet ist und von jedermann kostenlos besichtigt werden kann, findet infolge ihrer Reichhaltigkeit, ihrer Schönheit und ihrer technischen Mannigfaltigkeit andauernd starke Beachtung. Bis jetzt hat die Ausstellung eine Besucherzahl von rund 3000 erreicht. Freunde graphischer Kunstwerke finden in der Ausstellung eine günstige Gelegenheit zur Erwerbung ausgezeichneter Blätter. Die Preise hierfür sind ausfallend mäßig. Das hochentwickelte graphische Gewerbe verankert der Ausstellung starke Anregungen und begrüßt die Darbietung einer so prächtigen Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Graphik der Schweiz mit besonderer Freude. Kein Kunstfreund und Graphiker Leipzigs sollte die günstige, sich nicht so bald wieder blühende Gelegenheit, die schweizerische Graphik kennen zu lernen, ungenützt vorübergehen lassen. Die Ausstellung bleibt nur noch kurze Zeit in Leipzig.

Verchiedenartigkeit der Hilfsbanknoten zu 50 Mk. Wie das Reichsbankdirektorium mittelst, mußten bei der Numerierung der neuen Hilfsbanknoten zu 50 Mk. voneinander abweichende Nummertypen verwendet werden. Auch sind auf denselben die Nummerzeichen ungleichmäßig: ein Teil zeigt „Nr.“, der andre „No.“. Die Verschiedenartigkeit der Nummerzeichen und Ziffern ist deshalb für die Frage der Echtheit dieser Banknoten belanglos. Die Nummerzeichen unterscheiden sich auch noch dadurch, daß bei der ersten „No. unter dem Buchstaben „o“ nur ein Strich ist, während bei der zweiten das „o“ doppelt unterstrichen ist.

Behinderung der Banknotenerzeugung. Der Arbeiter der Reichsdruckerlei erhält folgenden bemerkenswerten Aufruf an die Vergewalt: **Vergewalt! Genossen! Schafft Kohlen!** Die durch Kohlenmangel hervorgerufene Gasperre verhindert die Herstellung des Geldes in der Reichsdruckerlei. Wenn die Gasperre längere Zeit besteht, können die Löhne für Arbeiter, die Unterstufungen für Arbeitslose nicht mehr gezahlt werden! Also: Schafft Kohlen!

Arbeitslosigkeit und Arbeitermangel. In der Presse macht gegenwärtig eine Mitteilung die Runde, wonach die Zahl der in der Landwirtschaft lebenden Arbeitskräfte auf annähernd 600000 beziffert wird. Ist diese Zahl auch aller Wahrscheinlichkeit nach übertrieben, so eröffnet sich

doch durch den Arbeitermangel auf dem Lande für manchen Arbeitslosen die Aussicht auf Erwerb; denn viele werden sich nicht scheuen, auf das Land hinauszugehen, zumal ihnen hier in bezug auf Ernährung und Gesundheitsverhältnisse eine bessere Zeit bevorsteht. Allerdings drängt die Zeit, und es verläuft, daß die Regierung gewillt ist, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, die lebenden Arbeitskräfte zu beforgen; sie wird auch vor scharfen Maßnahmen nicht zurückweichen.

Gewerkschaftlicher Aufschwung. Die Zahl der im Seifenarbeiterverband organisierten weiblichen Mitglieder, welche sich im Januar des Jahres 1912 auf 50000 belief, hat sich unter den Einwirkungen des Krieges verdoppelt. Der Metallarbeiterverband zählte im vierten Vierteljahre 1918 in Sachsen 95400 Mitglieder, die Steigerung betrug in diesem Quartal 42323.

Die elfab-Isobringischen Gewerkschaften. In Nr. 6 des „Vor.“ berichteten wir kurz über Verhandlungen zwischen den elfab-Isobringischen Gewerkschaften und Vertretern der französischen allgemeinen Arbeitervereinigung in Strassburg, welche den Anschluß der genannten Gewerkschaften an den französischen Gewerkschaftsbund bezweckten. Nunmehr sind wir in der Lage, näheres über diese Verhandlungen mitteilen zu können. Nach einer umfangreichen Auseinandersetzung, welche den Unterschieden der deutschen und französischen Zentralisierung der Beitragsgeber und Unterstufungen galt, wurde einstimmig beschlossen, drei Bezirksverbände mit dem Sitz in Metz, Strassburg und Mühlhausen zu schaffen; diese drei Verbände sollen zusammen den Regionalverband Elfab-Isobring bilden, der sich als solcher dem französischen Gewerkschaftsbund anschließt. Nachdem die Beibehaltung der bisherigen Beitragshöhe angenommen, beschloß die Konferenz die Herausgabe eines Gewerkschaftsblattes in deutscher Sprache mit französischen Aufsätzen; später soll eine monatliche französische Beilage angefügt werden. Bezüglich des sofortigen Anschlusses an die Pariser Zentrale bemerkte ein Isobringischer Vertreter, es könnten dadurch gewisse Schwierigkeiten bereit werden. Die deutsche Organisation, der bislang fast der gesamte Beitrag angefallen sei, könnte den Anschluß als Vorwand nehmen, die Zurückzahlung an die Elfab-Isobringler erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrags zu leisten, als auch ihnen die Erwerbs- und die andern Unterstufungen vorgezogen, worauf sie ein Recht hätten. Die Inannehmlichkeit sei um so größer, als die Gewerkschaftler Elfab-Isobring immer die ganze Höhe ihrer Beiträge eingezahlt haben, während die Berliner damit noch rückständig sind. Die lebhafteste Ausdrucksweise, die diese Erklärung ersetzte, wurde durch die Mitteilung von französischer Seite beendet, die Elfab-Isobringischen Gewerkschaften dürften vollständig auf die moralische und materielle Unterstützung der französischen Organisation zählen. Nach dieser Versicherung ist dann der sofortige Anschluß beschlossen worden. Zum Schluß wurden innerorganisatorische Fragen erledigt.

Verlegung der Leipziger Frühjahrsmustermesse. Infolge der gegenwärtig bestehenden Verkehrserschwerungen hat sich die Verschiebung der Leipziger Frühjahrsmustermesse als wünschenswert erwiesen. Aus diesem Grunde wurde in einer Ausschüßersitzung des Mehanis für die Musteressen in Leipzig beschlossen, die Frühjahrsmuster vom 27. April bis 3. Mai abzuhalten.

Deutscher Entwurf über internationalen Arbeiterschutz. Nachdem auf der Vorriedenskonferenz der Allierten

Beschlüsse über internationale Abmachungen zur Förderung der sozialen Verbesserung gefaßt worden sind, hat sich auch die deutsche Regierung mit dieser Angelegenheit befaßt und einen ausführlichen Entwurf vollkommen fertiggestellt, der den Regierungen der deutschen Freistaaten vorliegt und demnächst veröffentlicht werden wird.

Lebensmittelzufuhr. Zwischen einer Vertretung der deutschen Reederei und Vertretern sämtlicher Seemannischer Berufsverbände kam erfreulicherweise eine Einigung über die Rohstoffe zustande, wodurch die ungeforderte Einfuhr von Lebensmitteln ermöglicht werden soll.

Briefkasten

H. G. in Würzburg: Mit Interesse gelesen. Dank und Gruß. — H. M. in Hildesheim: Herr, dunkel ist der Rede Sinn. — G. P. in Bln.: 4,03 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostr. 511.
Fernsprecher: Amt Kurfürst Nr. 191.

Adressenveränderungen

Berlin. (Zentralkommission der Maschinenbauer Deutschlands.) Vorsitzender: Arthur Schuler, Berlin SW 47, Mühlentorstr. 88; Kassierer: Walter Schulz, Berlin SO 33, Wangenstraße 88; Technische Kommission: S. Erbs, Berlin-Gr. Schönebergstr. 85. Bei Einmeldungen bitten wir obige Adressen beachten zu wollen.
Bismarckstr. Vorsitzender: Max Albrecht, Stampfstr. 10.
Bismarckstr. Vorsitzender: Theodor Beyer, Lindenstraße 13.
Bismarckstr. Vorsitzender: Wilhelm Marlin, Traubenbergstr. 10.
Eisenfeld. Vorsitzender: Karl Eisenfeld, Schillertorstr. 14; Kassierer: Hans Bringmann, Schillertorstr. 20.
Rathenowstr. 0. Lauber. Vorsitzender: Georg Lang, Grüne Markt 501; Kassierer: Hans Hepp, Turmstr. 1124.

Veranstaltungskalender

Dresden. Versammlung Freitag, den 7. Februar, abends 9 1/2 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Ritzbergstr. 2.
Eisenfeld-Barmen-Schweim-Ragen-Sollingen-Wald. Korrekturen der Jahresversammlung Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal, Eisenfeld, Ecke Röllings- und Leichstraße.
Leipzig. Maschinenbauerverammlung Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im „Volkshaus“, Geigerstraße 32 (Café Mitte).
Magdeburg. Maschinenbauerverammlung Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, in der „Reichshalle“, Kaiserstraße 19.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Gewerkschaftsredner: Gewerkschaftlicher Rückblick. — Über den Ausfall der Nationalparlamentarier und damit zusammenhängende Fragen. — Von den Aufgaben der Nationalparlamentarier.
Des Buchgewebes im Umstande Österreich. — Ungarn. — Norwegen. — Schweden. — Frankreich. — Italien. — Amerika.
Gehilfenwirtschaft: Kartoffeln und Getreide.
Korrespondenzen: Bauen. — Dresden (Sch.). — Elbing. — Königsberg. — Ludwigsstadt. — Marienburg. — Wehl. — Wilberg.
Kundschau: Nachkommenswertes Beispiel. — Dank heimkehrender Kollegen aus der Ukraine. — Umstellung von Kriegsteilnehmern. — Zweijähriges Jubiläum. — Graphische Ausstellung. — Verschiedenartigkeit der Hilfsbanknoten zu 50 Mk. — Behinderung der Banknotenerzeugung. — Arbeitslosigkeit und Arbeitermangel. — Gewerkschaftlicher Aufschwung. — Die elfab-Isobringischen Gewerkschaften. — Verlegung der Leipziger Frühjahrsmustermesse. — Deutscher Entwurf über internationalen Arbeiterschutz. — Lebensmittelzufuhr.

Suche für größere Provinzstadt in der Mark einen
Kolationsmaschinenmeister
Bevorzugt solche Herren, die schon an 32 teigiger „Platen“ gearbeitet und sich hierüber ausweisen können. Meldungen an C. Spall, Obermaschinenmeister, i. Sa. W. Mühlentorstr., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240-41.

Schriftgießerlehrling
für Ostern gesucht. [203]
Ludwig Wagner, Schriftgießer, Leipzig-Pl., Oabelsbergerstraße 1a.

Junger, strebsamer Maschinenmeister
sucht Stellung, wo er sich an Kolation noch weiter ausbilden kann. West-Angeb. erb. an Karl John, Wolke, Kleinstraße 18.

Maschinenlehrer Paul Sohlbach
aus Eisenfeld-Barmen [201]
wo steht Du?
Adresse sofort an mich einlesen, betr. Konditionenantritt. Kollegen werden gebeten, ihn oder seine mit unbekanntem Angehörigen darauf aufmerksam zu machen.
Karl Rinne, Gladbeck i. W., Roonstr. 100.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Ausschüsse durch die Kunstgewerbeschule **Barmen**.

W. M. MATHAEUS DESSAU
Zerbsterstr. 64
Preisliste fr.

„E. M.“
Ercheinen monatlich
Jeder Fachmann
sollte in seinem eignen Interesse ständiger Leser der reichhaltigen
„Typographischen Mitteilungen“
sein, da sie das nützlichendste u. beste Fachblatt aller Berufsangehörige sind. Durch die Post oder Buchhandlung bezogen: für ein Vierteljahr 1,50 Mk., direkt vom Verlag unter Kreuzband: für ein Jahr 8 Mk., für ein Vierteljahr 2 Mk., Einzelhefte 75 Pf.
Die Jahrgänge 1915, 1916, 1917 und 1918 können zum Preise von 5 Mk. noch geliefert werden. Einbanddecken 2 Mk. Voreinführung des Bezugs ist erforderlich. Probennummern werden nur gegen Berechnung abgegeben. **Verlag: Leipzig, Salomonstraße 8, Postfachkonto Leipzig Nr. 52287.**

Jeder Kollege
der nach dem Krieg auf der Höhe bleiben will und immer vorwärtsstrebt
braucht z. weif. Fortbildung und zum Selbstunterricht unbedingt gute Fachbücher
Diese sowie Material u. Vorlagen liefert die Verlagsabteilung i. B. d. E. E. Leipzig, Salomonstr. 8, Postf. Nr. 53430. Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos.
Seitenmappe mit sämtlichen Einleit. 30 Pf. C. Grig, Mainz, Mainzstr. 30

Graphische Vereinigung Dresden
Sonnabend, 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewelber“, Kaulbachstraße 16:
Versammlung
Tagesordnung: 1. Vortrag über: Ausschlehen von Druckformen (mit Übungen); 2. Fragen aus der Praxis; 3. Vorbereitungskursus für die Meisterprüfung beginnt am 11. Februar, abends 6 Uhr, im Vereinslokal. Die Teilnehmer werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. [206]

Verlag von Radelli & Hille
Der Verband der Deutschen Buchdrucker. Fünfzig Jahre geschichtliche Arbeit mit einer Vorgesichte. Erster Band. Von Willi Krahl. Für Mitglieder 2 Mk., für Nichtmitglieder 4 Mk., im Buchhandel 6 Mk.
Ein Kranz dem Verbands Kampfruf und Justiz Buchdruckerverein aus einem halben Jahrhundert. Von Ernst Praszang 1 Mk.
Reichsbuchdruck für die organisierten Buchdrucker. Von Konrad Kähler. 1,75 Mk., im Buchhandel 2,50 Mk.
Deutsches Buchdruckerlexikon. Mit einem Verzeichnis der Fachbücher. Buchdrucker. Von Willi Krahl. 1,25 Mk., im Buchhandel 1,75 Mk.
Verbandsymne. Für Maschinisten mit Orchester- oder Pianofortbegleitung. Komp. von Alfred Schwelcher. Text von Willi Krahl. Klavierauszug, Orchester- und Satz Singstimmen 5,20 Mk.
Festmarsch. Für Maschinisten mit Orchester. Komp. von Alfred Schwelcher. Text von Willi Krahl. Klavierauszug, Orchester- und Satz Singstimmen 9,20 Mk.
Der beste Berg. Komp. von Franz Abt. Text von Georg Herwegh. Partitur 10 Pf.
Leipzig, Salomonstraße 8
Möhen, Pünkteln, Zurücksenden usw. Fachliteratur, Gelehrtenk. Katalog umf. P. Wolf Schmidt, Salcedo, d. S., Rosenstr. 3.

Für die Meisterprüfung
empfiehlt geeignete Fachbücher. Geogr. Verl. A. Siegel, Mühlentorstr. 25 Pf.
Peter Seß
Nach kurzem Krankenlager verschied am 19. Dezember v. J. unser Kollege und langjähriger Schriftführer, der Seher [205]
im 45. Lebensjahre.
Wir betrauern sein frühes Scheiden und werden ihm ein treues Gedenken bewahren.
Bezirksverein Darmstadt.

Nach langer, schwerer Krankheit verschied am 28. Januar unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [204]
Alfred Herrmann
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Maschinenmeister der Firma Ernst Heils Nachf. (Aug. Scherl), Leipzig-Eisenfeld.

Nach kurzem Leiden verstarb am 22. Januar unser lieber Kollege, der Seher [210]
Heinrich Becher
aus Wehrda, im 41. Lebensjahre. Auch ihm wird ein treues Gedenken bewahren
Der Bezirksverein Marburg.

Erst jetzt wurde es uns zur traurigen Gewissheit, daß unser lieber Kollege, der Seher
Gerhard Dreher
kurz vor Schluß des großen Weltkriegs den Lebensloos erlitten hat.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Reiz bewahren [209]
Die Verbandsmitglieder der Firma Oscar Brandtler, Leipzig.

Gedenken erhalten wir noch nachträglich die Todesnachricht von unserm Kollegen, dem Drucker
Walter Wolfensteller
welcher vor längerer Zeit auf dem Schlachtfeld im Vollen sein junges Leben ausbaute.
Auch ihm werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Druckerkollegen der Firma Spamer, Leipzig.

Am 13. Januar verschied infolge Lungenerleidens nach längerer Krankheit unser Mitglied, der Seher [207]
Karl Sandt
im Alter von 54 Jahren. Sein Andenken wird immer in Ehren halten
Bezirksverein Mannheim.